

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Freitag,

26. September 1879.

Inserate

Und an die Expedition in
Leipzig zu haben.

Inseritionsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.
anderer Einheiten 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Strassburg i. E., 23. Sept. abends. Nach dem gestrigen Manöver, welches gegen 2 Uhr vor Wiwersheim geendet hatte, nahm Se. Maj. der Kaiser das Frühstück in Söhlshain ein. Heute endete das Manöver bei Gingheim und sprach Se. Maj. daselbst um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr den versammelten Stabsoffizieren und Generälen seine volle Anerkennung aus. Se. Maj. äußerte insbesondere, daß er sehr, sehr zufrieden mit den Leistungen der Truppen sei. Der Kaiser hat dieser Anerkennung auch in folgender Cabinetordre an den General v. Fransecky Ausdruck gegeben:

"Ich habe bei den heute beendeten großen Herbstübungn des 15. Armee-corps den Eindruck vollständig bestätigt gefunden, welchen ich vor zwei Jahren bei meinen Besichtigungen des größern Theiles der Truppen in Elsass-Lothringen gewonnen habe. Es ist hier aus den verschiedensten Contingenzen ein Corps zusammengesetzt mit Einem Sinn und Einem Streben, ein würdiges Bild für die Vereinigung des deutschen Vaterlandes geschaffen worden, welches sich seiner gewichtigen Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen und würdig erweist. Ich bin mit wohl bewußt, daß solches Resultat nur durch die hohe Einsicht, das Verständniß und die rastlose Thätigkeit des commandirenden Generals erreicht werden konnte, und ich sprach Ihnen gern aus warmem Herzen meinen Dank und meine volle Anerkennung aus, die ich zugleich durch Verleihung des Kreuzes und Sterns des Großcomitiums des Haussordens von Hohenzollern bestätige. Ich ersuche Sie zugleich, unter Gewährung der in der Anlage enthaltenen Gnadenbeweise, den sämtlichen Generälen und Offizieren meinen Dank für ihre hingebende und aufopfernde Thätigkeit zu sagen, durch die allein sich eine so durchaus befriedigende innere Ausbildung und Ordnung der Truppen hat ermöglichen lassen, und auch den Mannschaften meine volle Anerkennung für ihre Leistungen zu erkennen zu geben, die ich in allen diesen Tagen und ganz besonders an dem sehr schwierigen Paraderagé mir durchaus loben und anerkennen kann."

Vor der Rückfahrt nach Strassburg, welche über Hochfelden erfolgte, verabschiedete sich Se. Maj. mit warmem Händedruck von sämtlichen Generälen und nahm die Meldungen aller decortirten und beförterten Offiziere entgegen.

* Strassburg i. E., 24. Sept. Wie Ihre Maj. die Kaiserin bei dem Besuch der Wohltätigkeitsanstalten dieselben persönlich beschenkte, so hat Se. Maj. der Kaiser dem Oberpräsidenten 3000 M. übergeben zur zweckmäßigen Vertheilung an die Armen, welche sich mit Bittgesuchen persönlich an Se. Maj. gewendet haben. — Der Bürgermeisterverwalter Baß veröffentlicht folgende Bekanntmachung: "Se. Maj. der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu erhalten geruht, für den allerhöchsttm und Ihrer Maj. der Kaiserin in diesen Tagen hier selbst gewordenen

freundlichen Empfang der Bevölkerung Straßburgs seinen Dank auszusprechen. Es gereicht mir zur Freude, dieses allerhöchsten Auftrages mich hierdurch entledigen zu können."

* Meß, 24. Sept. Se. Maj. der Kaiser begab sich heute Vormittag um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr zu der Parade, welche bei Frescaty stattfand und von dem schönsten Wetter begünstigt wurde. Eine große Anzahl Zuschauer hatten sich mittels Extrazügen nach dem Paradesfelde begeben. Um 1 Uhr kehrte Se. Maj. zurück und besichtigte um 2 Uhr in Begleitung des Großherzogs von Baden, des Prinzen Karl, des Prinzen Albrecht und der Generälfamilie die evangelische Garnisonskirche. Hierauf besuchte der Kaiser die Kathedrale. Um 5 Uhr findet bei Se. Maj. ein Diner und abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Militärcasino eine Soirée statt. Morgen früh 8 Uhr besichtigt Se. Maj. die Schlachtfelder bei Meß zu besuchen; die Rückfahrt von dort ist auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt, worauf um 2 Uhr das Dejeuner stattfindet. Um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr erfolgt sodann die Abreise Se. Maj. nach Baden-Baden.

* Meß, 24. Sept. abends. Bei der heutigen Parade wurde die Artillerie bei beiden Vorbeimarschen vor Se. Maj. dem Kaiser von Gr. Königl. Hoh. dem Prinzen Karl persönlich vorgekehrt. Nach dem Vorbeimarsch sprach Se. Maj. den Commandeuren allerhöchsteine Anerkennung über die Leistungen der Truppen aus und ritt alsdann an die Kriegervereine von Montigny, Sablon und Meß heran, welche während der Parade hinter der Suite Aufstellung genommen hatten. Die Rücksicht Se. Maj. erfolgte im offenen Wagen. Auf dem Paradesfelde hatte sich eine nach Tausenden zahlende Volksmenge eingefunden, welche den Kaiser begeistert begrüßte. Am Nachmittag begab sich Se. Maj. zu Wagen durch die Stadt nach Fort Steinmühle. Se. Kaiserl. Königl. Hoh. der Kronprinz machte eine Rundfahrt durch die Straßen der Stadt.

* Meß, 24. Sept. Gestern Abend fand großer Bayenkonzert statt, wobei die Musikkorps das "Heil dir im Siegerland" und das "Macht am Rhein" spielten; vor dem Professor hatte sich eine ungeheure Menschenmasse eingefunden. Der Kronprinz von Schweden befindet sich nicht in der Begleitung Se. Maj., da derselbe noch in letzter Stunde abgesagt hatte.

* Berlin, 24. Sept. Sr. Maj. Kanonenboot Wolf, 4 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Weds, ist am 29. Juli im Hafen von Shanghai eingetroffen. Sr. Maj. Kanonenboot Komet, 4 Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant Frhr. v. Senden-Vibran, ist am 17. Sept. auf der Rhede von Coletta angekommen.

* Kreisau, 24. Sept. In Königshütte ist ein Fall von Kinderpest amtlich constatirt worden.

* Baden-Baden, 24. Sept. nachmittags. Heute fand die legitte allgemeine Sitzung der Naturforscherversammlung statt, in welcher Jäger, Schalwig, Schiff und Nachtigal Vorträge hielten. Dem Vor-

trage des letztern wohnten Ihre Maj. die Kaiserin, sowie die Großherzogin und die Prinzessin Victoria von Baden bei.

* Wien, 24. Sept. nachmittags. Fürst Bismarck brachte den heutigen Vormittag in seinen Gemächern zu und empfing um 11 Uhr den deutschen Botschafter Prinzen Reuß. Zwischen 12 und 1 Uhr gehabt besondere der Gemahlin des deutschen Botschafters im Mauer einen Besuch abzustatten. Um 5 Uhr findet das Diner beim deutschen Botschafter statt. Erzherzog Wilhelm hat im Laufe des gestrigen Tages in der Wohnung des Fürsten Bismarck seine Karte abgegeben.

— Prinz Peter von Oldenburg machte heute Vormittag dem Baron v. Haymerle einen Besuch und ist gegen 11 Uhr mit der Nordbahn nach Lemberg abgereist. — Die ungarischen Minister Szapoly, Szell und Szende sind heute hier eingetroffen.

Wien, 24. Sept. Allseitig wird bestätigt, daß besondere wirtschaftliche Abmachungen zwischen Deutschland und Österreich auf die Initiative des Fürsten Bismarck geschlossen seien. Das Fremdenblatt sagt:

"Wenn Deutschland und Österreich über eine gemeinsame Zoll- und Handelspolitik sich einigen, können sie mit Erfolg der Concurrenz höher entwickelter Industriestaaten die Spitze bieten. Mehrfach wird auch auf die Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Orient hingewiesen und dieselben mit der geplanten deutsch-österreichischen wirtschaftlichen Einigung in Zusammenhang gebracht. Fürst Bismarck war auch gestern unermüdlich thätig, seine Ausdauer unmittelbar nach der Tur wird allgemein bewundert. Gestern empfing er den Besuch des Prinzen Reuß, später des Barons Haymerle, mit dem er dreiviertel Stunden conterte. Hierauf machte Fürst Bismarck dem Erzherzog Wilhelm einen Besuch, welchen er jedoch nicht antraf; Bismarck gab seine Karte ab. Darauf besuchte er zuerst ohne Begleitung den russischen Botschafter, mit dem er eine halbe Stunde conterte, nachher den französischen Botschafter, wo er ebenfalls eine halbe Stunde blieb. Sodann fuhr er zum päpstlichen Palast Jacobini, bei dem er eine halbe Stunde blieb. Hierauf kehrte er ins Hotel zurück. Die Meldung, daß der russische Botschafter bei Bismarck die Karte abgegeben, ist unrichtig; Novikow ist gar nicht in Wien, sondern auf Urlaub in Russland, ebenso wie Sir H. Elliot auf Urlaub in England abwesend ist." (Post.)

* Budapest, 24. Sept. Wie das Journal Egyptetes meldet, beabsichtigt Ministerpräsident Tisza, demnächst das Portefeuille des Ministeriums des Innern niederzulegen, und soll Obergespan Majthény Minister des Innern werden.

* Madrid, 24. Sept. Drei Grundbesitzer auf Cuba, welche 4000, 1200 und 800 Sklaven besaßen, haben dieselben freigegeben und mit ihnen Arbeitscontracte auf fünf Jahre abgeschlossen. Andere Grundbesitzer dürften diesem Beispiel in kurzer Folge folgen.

Die 52. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Am 18. Sept. fand in Baden-Baden die erste Sitzung der Versammlung statt. Nach den üblichen Begrüßungsreden hielt Geheimrat Aufmann aus Straßburg eine Gedächtnisrede auf den ersten Geschäftsführer der vorjährigen Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Kassel, Dr. Benedict Stilling. In ehrpöllster Weise gedachte Redner der ebenso vielseitigen als bedeutenden Verdienste des Gelehrten, welcher, einem innern Drange folgend, sich den wissenschaftlichen Forschungen mit seltener Hingabe, Ausdauer und Opferfreudigkeit gewidmet; insbesondere wahrte er auch dessen Prioritätsrechte bezüglich der Lehre des vasomotorischen Nervensystems und der Spinalirritation. Stilling, am 22. Febr. 1810 in Kirchheim in Hessen geboren, war israelitischer Konfession und ist im Januar dieses Jahres als praktischer Arzt in Kassel gestorben.

Professor Hermann aus Zürich sprach sodann über die Errungenschaften der Physiologie in den letzten 40 Jahren, welche sich auf diesem Gebiete als besonders bahnbrechend und fruchtbringend erwiesen haben. Ob die vom Redner geprägte, nun endlich erreichte volle Selbstständigkeit der Physiologie, ihre Lösung von der übrigen Medizin, dem ganzen zum Heile gebrachten werde, steht wol noch dahin.

Als dritter Redner betrat Medicinalrat Birch-Hirschfeld aus Dresden die Tribüne und hielt einen Vortrag „über mimische Gesichtsbewegungen, mit Bezeichnung der Darwin'schen Versuche, ihre Ent-

stehung zu erklären“. Obchon infolge der vorigestrichen Zeit — es war bereits die Mittagsstunde herangekommen — der Vortrag etwas abgekürzt werden mußte, gelang es doch dem Redner, das zahlreiche Publikum durch das allgemeine Interesse des Themas, noch mehr aber durch die geistreiche Art seiner Auffassung und Darstellung nahezu eine Stunde zu fesseln. Den ersten Besuch einer Erklärung des Zusammenhangs zwischen den Seelenregungen und den mimischen Gesichtsbewegungen hat für das Auge Johannes Müller, für die gesammte Mimese Dr. Biderit, jetzt in Detmold, gemacht. Der Darwin'schen Theorie über den Ausdruck der Gemüthsbewegungen bei den Menschen und Thieren mußte Redner in mehreren wesentlichen Punkten entschieden widersprechen. Sämtliche drei Vorträge werden später im Tageblatte ausführlich abgedruckt werden. Nach Schluß der ersten allgemeinen Sitzung constituierten sich die einzelnen Sectionen.

Die zweite allgemeine Sitzung (am 20. Sept.) wurde Vormittag 9 Uhr eröffnet und zwar mit einem Vortrage des Geheimraths A. Eder aus Freiburg: „Zur hunderjährigen Gedächtnissfeier Lorenz Oken's, des Stifters der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte“. Redner, welcher leider nicht in allen Theilen des Saales vollkommen verständlich war, gab in seinem anderthalbstündigen gediegenen Vortrage, für den ihm manches bisher noch unbekannte Material zur Verfügung gestanden, ein gebrängtes Lebensbild des großen Gelehrten und modernen deutschen Mannes, der zunächst Philosoph und erst an zweiter Stelle Naturforscher war.

Bei der Wahl des nächsten Versammlungsortes kamen ausschließlich die Städte Magdeburg und Danzig in Frage. Nach einer längern Debatte und wiederholter Abstimmung siegte endlich Danzig über Magdeburg mit 163 gegen 128 Stimmen. Die Annahme der Wahl seitens der Stadt Danzig vorausgesetzt, schritt man alsbald zur Wahl der beiden nächsten Geschäftsführer und beschloß hierzu noch, daß dieselben für die nächstjährige Versammlung keine Fahrvergünstigungen von den deutschen Eisenbahndirectionen erbitten sollen.

Hierauf sprach Professor Goltz aus Straßburg in einem durchaus populär gehaltenen Vortrage über das „Herz“. Der Vortrag des Dr. Nachtigal aus Berlin: „Projekte zur Kuharmachung der Sahara“, wurde wegen vorgerückter Zeit auf die lezte, am 24. Sept. abzuholende allgemeine Sitzung verlegt, in welcher unter anderm auch Professor Jäger aus Stuttgart über „Gemüthsaffekte“ sprechen wird.

Aus Bern vom 21. Sept. wird der Königlichen Zeitung berichtet: „Die Zahl der Unglücksfälle auf Bergtouren während dieser Saison war noch immer nicht voll. Schon seit Anfang dieser Woche wurde Oberleutnant Melem von hier, welcher sich in Militärdienst begeben, vorher aber noch einen Abzug nach der Stockhornalpe machen wollte, vermisst. Gestern ist sein Leichnam mit vollständig zerstörtem Hause in einem Abgrunde auf der Nordseite des Gantrisch aufgefunden worden. Es soll dort äußerst gefährliche Stellen geben, welche die gefährlichsten Bergsteiger scheuen; trotzdem hatte sich der Unglücksfall allein auf den Weg gemacht. Ein Student, ebenfalls von Bern, der einen andern Weg eingeschlagen und auch vermisst wurde, ist dagegen unglückfrei.“ *

Die Regierung sendet eine Truppenabteilung von 5000 Mann nach Cuba. Verschiedene Deputierte sollen beabsichtigen, die sofortige Abschaffung der Sklaverei auf Cuba zu beantragen.

* London, 24. Sept. vormittags. Nach einem Telegramm des Reuter'schen Bureau aus Simla vom heutigen Tage erwartet man einen Angriff der Brigade des Generals Baker auf Kuschi. Den unter General Roberts stehenden Truppen sind die erforderlichen Transportmittel für den Vormarsch nach Kabul vollständig geliefert worden und soll der Vormarsch nunmehr unverzüglich beginnen.

* Petersburg, 24. Sept. Der Minister des Innern Makow ist gestern hier eingetroffen und hat die Führung der Geschäfte wieder übernommen. — Der Golos meldet, der außerordentlich chinesische Botschafter Tschun Chou hat sich gestern zur Unterzeichnung des neuen russisch-chinesischen Vertrages nach Pekin begeben und wird von dort vor seiner Rückreise nach China erst noch nach Petersburg zurückkehren. In Petersburg wird eine ständige chinesische Gesandtschaft mit Schao-Dulin an der Spize verbleiben.

* Wien, 24. Sept. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Unter Vermittelung des französischen Botschafters Fournier finden zur Zeit Bourparlers zwischen den türkischen und griechischen Commissaren behufs Verständigung über den Wortlaut der Erklärung statt, welche die Differenz über die Auslegung des 13. Protokolls des Berliner Congresses begleiten soll. Die nächste Konferenz soll bis zur erfolgten Vereinbarung vertagt sein.“ — Aus Bukarest: „Die Regierung wird, wie bereits anderweitig gemeldet, heute in der Kammer ihren eigenen Verfassungsentwurf einbringen, welcher höchst wahrscheinlich die erforderliche Zweidrittel-Majorität erlangen wird. — Der Fürst von Bulgarien wird erst in der nächsten Woche hier erwartet.“

Der Kaiser in Elsaß-Lothringen.

Aus Metz vom 22. Sept. wird der Magdeburgischen Zeitung geschrieben:

„Heute, als am Vorabend des Kaiserzuges, sind die Vorbereitungen zu einem würdigen Empfange des hohen Gastes bereits der Hauptache nach zum Abschluß gelangt, nachdem seit einer Woche Hunderte von eifigen Händen damit beschäftigt waren, begnügt von der herrlichsten Herbstwitterung, die Stadt in ihr Festkleid zu hüllen. Schon das erste Gebäude, das der Kaiser betrifft, nämlich der Bahnhof, gewährt einen prachtvollen Anblick. Bei dem letzten Besuch im Mai 1877 mußte der Kaiser noch in dem provisorischen Bahnhofe empfangen werden. Seitdem ist der neue Bahnhof vollendet worden, der durch seinen einfachen, edlen Stil auch ohne Schmuck von imposanter Wirkung ist. Um die architektonischen Verhältnisse des Baues entsprechend hervortreten zu lassen, sind am Mittelperron, an welchem der Kaiserzug vorfahren wird, 8 Kronleuchter mit je 30—40 Flammen angebracht. Die eisernen Säulen sind mit Grün umwunden und tragen je zwei Fahnen; außerdem sind sie noch mit Wappen geschmückt. Flaggenmasten sowie prächtige Blumengirlanden erhöhen noch den festlichen Charakter des Ganzen. Das Vestibül, durch welches Sr. Maj. herausgeht, ist durch Portieren von rotem Samt, durch Blumenbouquets, Bögen etc. in einen Festsaal umgewandelt worden. An den Ausgangstüren hat man eine Rampe angebracht, welche dem kaiserlichen Herrn das Treppensteigen ersparten soll. Die Außenseite des Gebäudes ist mit Girlanden und Kränzen reich gesetzt und wird einen malerischen Anblick gewähren, wenn durch die auf dem Bahnhofplatz rings um einen 10 Meter hohen Obelisk aufgestellten Mastbäume durch das ihnen entströmende elektrische Licht die Nacht in Tag verwandelt wird. Wenige Schritte davon erhebt sich auf dem Vorwalle ein Triumphbogen, der eine große Kaiserkrone trägt. Von da aus durch die Römerstraße bis zum Absteigquartier Sr. Maj. im Bezirkspräsidium führt eine Via triumphalis, bestehend aus mit Grün umwinkelten Mastbäumen, welche die Wappen und Fahnen sämtlicher deutschen Staaten tragen und unter sich mit Laubgewinden verbunden sind. Den Abschluß der Römerstraße nach dem Bahnhofe bildet ein zweiter Triumphbogen, der, durch Brillantfeuer beleuchtet, von prachtvoller Wirkung ist. Dass die Kasernen sowie sämtliche öffentliche Gebäude in ihrem besten Schmuck prangen, ist selbstverständlich.“

Einen angenehmen Gegensatz gegen früher bildet die Mairie, welche beim Kaiserbesuch 1877 vollständig schmucklos blieb, wie denn der damalige Bürgermeister und Gemeinderath jegliche Verhüllung an den Empfangsfeierlichkeiten ablehnten. Diesmal zeigt der reiche Schmuck des Gebäudes, daß darin jetzt ein anderer Geist eingezogen ist. Auch die Privatgebäude zeigen sich in reichem Schmuck. Einen Vergleich mit den gleichartigen Veranstaltungen zu Königsberg oder Danzig anzustellen zu wollen, verbietet sich von selbst. Doch ist die Zahl der Gebäude, welche ganz im All-

tagsgewände geblieben sind, besonders im Hinblick auf 1877, eine verschwindend kleine. Für alle Fälle sind sie nicht zahlreich genug, um den Gesamteindruck des Ganzen zu beeinträchtigen. Neben dem Bahnhofe ist wohl das Gebäude des Bezirkspresidiums, das Absteigquartier Sr. Maj., am reichsten und geschmackvollsten mit Kränzen, Girlanden und Fahnen geziert. Von hier aus genießt man eine der interessantesten Aussichten. Vor und hinter dem Bau steht nämlich ein Moskauarm vorbei. Von demselben heben sich die gewaltigen und doch zierlichen Massen der Kathedrale ab, deren 1877 durch Brand zerstörtes Dach durch ein provisorisches Notdach ersetzt ist. Weiterhin erblieb man den großartigen australischen Kaiserpalast. Heute morgen Abend ist eine allgemeine Illumination vorgesehen. Besonders glänzend wird dieselbe dadurch werden, daß vom Bahnhofe bis zum Bezirkspresidium, auf einer Strecke von über 1 Kilometer, sämtliche Mitglieder der hierigen Vereine, im ganzen über 1500 Mann, sowie zahlreiche sonstige Bürger Spalier bilden und farbige Lampions tragen werden. Außerdem sind die Hunderte von Mastbäumen der Via triumphalis mit Beleuchtungsvorrichtungen versehen. Ein großer Zapfenstreich, an welchem alle hier anwesenden Musikcorps teilnehmen werden, soll den Abschluß des ersten Tages der Anwesenheit des Kaisers bilden.“

Dr. Fall's Offener Brief.

= Leipzig, 25. Sept. Daß ein zum Rücktritt direkt oder indirekt gezwungener Minister nach dem Ausscheiden aus seinem Amt seinem Nachfolger Opposition macht, ist nichts Unnatürliches, im Gegentheil die natürlichste Sache von der Welt, und kommt in Ländern mit entwickelten parlamentarischen Einrichtungen und Sitten, wie England, Frankreich, auch Österreich, alle Tage vor. Nur in Deutschland, wo diese Entwicklung eine noch unvollkommene ist, pflegt man theilweise wol anders darüber zu denken und von jedem Minister, auch dem abgetretenen, zu verlangen, daß er vor allem sich als „Beamter“ fühle und handle, also nichts thue, was gegen die vermeintliche Unfehlbarkeit des Beamtenhums und folglich auch der an dessen Spitze stehenden Regierung verstößen könnte. In diesem Sinne hat sich die Schlesische Zeitung missbilligend über den Schritt des Dr. Fall ausgesprochen.

Bei der neuesten epidemischen Ministerkrise im Reiche und in Preußen, welche kurz nacheinander nicht weniger als sechs solche hohe Beamte ins Privatleben zurückwarf, haben wir bereits die Anwendung jenes englisch-französischen Princips an dem Beispiel des Dr. Delbrück erlebt, der, nicht beirrt durch das Kopfschütteln der alten Geheimräthe über diese Vermischung eines ehemaligen preußischen Ministers mit der liberalen Opposition, unermüdlich und unerschütterlich die Grundsätze des Freihandels, die er als Beamter des Reiches seinerzeit praktisch betätigt hatte, nunmehr von der Tribüne des Reichstages herab theoretisch vertheidigte. Ebendies wird, wie verlautet, der ehemalige preußische Finanzminister Camphausen als Mitglied des preußischen Herrenhauses thun. Und etwas Ähnliches ländigt von sich selbst der ehemalige preußische Cultusminister Dr. Fall in jenem vielberufenen Schreiben an, dessen Veröffentlichung bei Freund und Feind, im liberalen und im conservativen Lager, so großes Aufsehen erregt hat.

Durch diesen Brief und durch dessen Veröffentlichung (die ja nicht ohne Fall's Vorwissen und seine Genehmigung geschehen konnte) hat letzterer aber noch eine andere Stellung eingenommen als blos die eines oppositionellen Volksvertreters und Parlamentsredners. Er hat schon vor dem Beginne des Landtages auf die Wähler selbst einzutwirken versucht, und sein Zweck, daß ihm dies in weiten Kreisen und in hohem Grade gelungen ist. Er hat sich damit zum faktischen Vorläufer einer Partei, der Liberalen, gemacht und der Jubel der liberalen Organe beweist, wie dankbar diese Partei ihm dafür ist.

Auch darin finden wir weber etwas Abnormes, noch vollends etwas Tadelnswertes. Warum soll nicht ein Mann, der vorher Abgeordneter war und als solcher zu einer bestimmten politischen Richtung sich bekannte, zu einer bestimmten Partei hieß, jetzt, nachdem er aufgehört hat, Mitglied der Regierung zu sein, in seine alte Parteistellung zurücktreten und für seine politische Ansicht (die er ja auch als Minister nicht verleugnet, im Gegenteil mit dem ihm als solchen verliehenen Machtmitteln zu verwirklichen gesucht hat) nunmehr wieder in parlamentarischen Wege Propaganda machen? Sehen wir nicht Gladstone in der Presse und in Versammlungen gegen das Toryministerium agitieren, und treten nicht auch in Österreich — diesseit und jenseit der Leitha — ehemalige Minister zum östern in den Reihen der Opposition als Agitatoren bei Wahlen auf? Wir halten auch das nicht für richtig, was die „Grenzboten“ anlaßlich des Fall'schen Briefes sagen: die Abgeordneten hätten mit der „Verwaltung“ nichts zu schaffen und eine Agita-

tion, wie die Hallische, die sich an die Wähler und gegen die Verwaltung richtete, sei daher unzulässig, illegal. Es verehrt wenig Kenntnis nicht blos von dem Wesen des Constitutionalismus im Prinzip, sondern auch von der Art, wie derselbe selbst bei uns trotz vieler darin noch weniger entwickelten Staatslebens faktisch geltet wird, wenn man zu behaupten wagt, eine parlamentarische Körperlichkeit habe kein Recht und kein verfassungsmäßiges Mittel, auf die Verwaltung einzutwirken. Wozu wäre denn in der Verfassung das „Recht der Beschwerde“ den Kammern zugewiesen? Wozu gäbe es denn die Praxis der „Interpellationen“, die sich fast regelmäßig auf Verwaltungsmäßigkeiten beziehen? Nein, mit solchen Argumenten gegen den Fall'schen Brief soll man zu Hause bleiben; sie sind aus der Rumpelkammer einer Anschauung vom Staate entnommen, die denn doch auch in Deutschland, auch in Preußen zu den überwundenen Standpunkten gehört.

Also bis hierher finden wir das Vorgehen des Dr. Fall in alle Weise correct und untadelhaft, die dagegen erhobenen Vorwürfe unbegründet.

Nicht ebenso ausnahmlos können wir uns einverstanden erklären mit dem Inhalt des Offenen Fall'schen Schreibens. Zwei Stellen darin erregen uns Bedenken: die eine, wo Fall die Möglichkeit, wenn auch nicht Wahrscheinlichkeit, durchblicken läßt, daß Fürst Bismarck den Weg nach Canossa antrete, und die andere, wo er von seinem eigenen Nachfolger, Hrn. v. Puttkamer, ausspricht: „Es wird nicht ausbleiben, daß der gegenwärtige Verwaltung den an sie gerichteten Anforderungen in ganz anderer Weise entgegenkommt, wie ich das für statthaft hielt.“ In beiden Stellen wird die jetzige Regierung, dort Fürst Bismarck, hier Hr. v. Puttkamer, einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen beargwöhnt, ohne daß doch Thatsachen angeführt werden, die diesen Argwohn rechtfertigten. Der einzige bisher unsers Wissens vorgekommene Fall einer Concession an die Katholiken, der Lauer'sche (auf den übrigens hier nicht Bezug genommen ist), wird bekanntlich selbst innerhalb der liberalen Presse in verschiedenem Sinne beurtheilt, keinesfalls allgemein als Beweis einer falschen Nachgiebigkeit gegen unberechtigte Wünsche von jener Seite angesehen.

Dies aber scheint uns für einen abgetretenen Minister bedenklich gegenüber dem Ministerpräsidenten, mit dem er so lange im Culturkampf für einen Mann gestanden, und gegenüber dem, der ihn abgelöst, weil hier leicht eine solche Beschuldigung einen persönlichen Anstich erhält. Wir hätten gewünscht, Dr. Fall hätte statt solcher allgemeiner und unverwiesener Anklagen oder Beargwöhungen genau die Punkte bezeichnet, wo seiner Ansicht nach jede Zulässigkeit von Concessions aufhört — sei es an die katholische Kirche, sei es an die Orthodoxie in der evangelischen Kirche (welcher legttern er selbst einzelne Concessions, wie die Entlassung Hermann's, gemacht hat), wo Prinzip gegen Prinzip, System gegen System steht. Auf solche bestimmte Punkte hin hätten dann die liberalen Wähler ihre Kandidaten mit Erfolg interpellieren können, während auf dieses Schreiben hin nur ein allgemeines, unbestimmtes, weder recht fundirtes, noch recht formelles Misstrauen wider die Kirchen- und Schulpolitik der Regierung zur Basis der Wahlagitierung gemacht werden dürfte, was wir weder im allgemeinen Interesse, noch selbst vom Standpunkt der liberalen Partei für ersprüchlich halten.

Deutsches Reich.

Die National-Liberale Correspondenz sagt zu den Aussichten auf ein engeres Verkehrsverhältnis mit Österreich: „Damit wären wir wieder bei dem angelangt, was die consequenten Verfechter des Schutzzölles im Reichstage als einen für immer überwundenen Standpunkt darstellen zu können meinten, beim Conventionaltarif. Fürst Bismarck hatte in seinem Brief vom 15. Dec. 1878 und auch in späteren Aneutungen die Auffassung nicht ausgeschlossen, daß es sich ihm bei dem neuen Tarif hauptsächlich um ein Pressionsmittel handle, mit Hilfe dessen bei künftigen Tarifverhandlungen mit andern Staaten für Deutschland günstigere Bedingungen als bisher zu erzielen wären. Diese Auffassung war indeß durch den Gang der Verhandlungen im Reichstage ganz in den Hintergrund gedrangt worden. Mit um so größerer Genugthuung können wir es begrüßen, wenn man jetzt in Wien auf die Vertragspolitik zurückgekommen ist. Wie groß auch die Schwierigkeiten in der Ausführung sein mögen — die Nachricht aus Wien bedeutet jedenfalls den Bruch mit der ausschließlichen Politik des autonomen Tarifs, und das ist das Wichtigste.“

Auch in einem der „Post“ von ihrem wiener Correspondenten zugegangenen Briefe wird der in Wien geprägten handelspolitischen Besprechungen gedacht in den Worten:

Um die Einigung der beiden Reiche noch fester zu knüpfen und den beiderseitigen Interessen gerecht zu werden, wurde beschlossen, die Verkehrs- und Handelsbeziehungen durch einen Vertrag zu regeln und in demselben gegenseitig die

möglichst g
sollten über
siehenden h
ängt dann
ganz abgele
fachten Ent
in einer m
bündungen
dürften die
zwar sowo
als auch in
neue Einze
beiten, wi
in der ang
vermag ein
nur noch s
Die V
Verlehrer
freundl
faunist Mi
hinderlich,
von dem
um sich v
ein Opfer
der streng
ten wir,
bei welche
Handelsve
reicht, bei
dern erwe
er von ih
für einen
Ansichten
jene Rich
legten Ja
eigenen S
suchte, nic
Entwicklu
über desso
walten ka
Bestrebun
europäisc
nen Hand
ihren Gip
wird von
langsamme
ren, aber
werden u
Blatt: „
Anrede
Fälschen
neben der
Serbien i
net es al
daß die
günstigste
welche die
geschlossen
über Ver
Der Ged
ist nicht r
von 1852
dinge war
Über, da
bilde des
denken vo
solchen B
ist uns se
fragwürdi
eine eing
berhand l
nächst Un
Willen z
absonn f
wiedergieb
— Aus
schrieben:
Hauptstad
Lebhafte
eingeleitet
deutschsc
gerade ei
verstärkt
den Besch
gegangan
schalls v
fach glossi
verbürgen
hätten vi
halten, ab
müsste na
haben, un
stens zum
große Art
der Rhein
umgelehr
so weit wi
hauptet u
die russisc
Wenn ma

möglichst großen Erleichterungen zu stipulieren. Die lehren fallen über den Rahmen des bisher in dieser Richtung bestehenden hinausgehen. Der augenblicklich geltende Meistbegünstigungsvertrag, resp. die Frage der Neuordnung desselben, hängt damit nicht oder doch nur sehr lose zusammen; denn ganz abgesehen von dieser Frage werden noch dem hier geäußerten Entschluss von beiden Seiten wahrscheinlich schon in einer nahen Zukunft Spezialbevollmächtigte zu Unterhandlungen zusammentreten, und diese Unterhandlungen dürften die vorerwähnten Erleichterungen im Verlehr, und zwar sowol im Betreff des Eisenbahns, resp. Tarifwechsels als auch in Betreff der Sätze zum Gegenstand haben. Ge- naue Einzelheiten darüber kann man heute noch nicht mittheilen, wie denn überhaupt nur ein principieller Beschluss in der angegebenen Richtung vorliegt; in jedem Falle aber vermag ein Vertrag wie der angedeutete die beiden Reiche nur noch fester zu verbinden.

Die National-Zeitung sagt ebendazu sehr richtig: „Verlehrserleichterungen sind nicht allein ein Ausdruck freundlicher Beziehungen, sie sind auch das wirtschaftsmittel, dieselben zu erhalten. Jedes Verlehrshindernis, welches ein Staat dem andern bereitet, wird von dem letztern als ein Übelstand empfunden und, um sich von einem Übel zu befreien, bringt man gern ein Opfer. Auch wenn wir uns auf den Standpunkt der streng schützöllnerischen Doctrin stellen, so behaupten wir, es muss irgendein Punkt gefunden werden, bei welchem ein zwischen zwei Staaten abzuschließender Handelsvertrag beiden Contrahenten zum Vorteil gebracht, bei welchem die Dienste, die der einen dem andern erweist, genau so groß sind als die Dienste, welche er von ihm erhält. Diesen Punkt mit Redlichkeit und ohne Vorurtheile zu suchen, muss, wie wir meinen, auch für einen Staatsmann von streng schützöllnerischen Ansichten der Gegenstand des Bestrebens sein. Dass jene Richtung, welche in den autonomen Tarifen der letzten Jahre zum Ausdruck kam und den Vorteil des eigenen Staates in der Benachteiligung des Auslandes suchte, nicht das lezte Wort unserer handelspolitischen Entwicklung sein kann, ist in dem wiener Telegramm, über dessen inspirierten Ursprung ein Zweifel nicht obwalten kann, mit Bestimmtheit anzgesprochen. Die Bestrebungen, deren letztes Ziel nur sein konnte, das europäische Staatenystem in eine Reihe von geschlossenen Handelsstaaten zu verwandeln, haben hoffentlich ihren Gipelpunkt erreicht. Der Weg der Verträge wird von neuem beschritten werden, diesmal vielleicht langsamer, zägernder, bedenkenvoller als vor 20 Jahren, aber die Resultate, welche diesmal erreicht werden, werden um so dauerhafter sein.“

Weiter sagt das Blatt: „Mehr noch sind wir in den letzten Tagen einer Anekdote begegnet, als liege es in den Plänen des Fürsten Bismarck, einen Zollverein zu gründen, welcher neben dem Deutschen Reich und Österreich selbst Serbien und Rumänien umfassen soll! Man bezeichnet es als den Vorteil eines solchen Zollverbandes, dass die Theilnehmer desselben einander dadurch Vergünstigungen erweisen, von denen auch die Nationen, welche die Rechte der Meistbegünstigten genießen, ausgeschlossen bleiben, ohne dass letztere Grund haben, sich über Verlehrung ihrer Vertragsrechte zu beschweren. Der Gedanke eines österreichisch-deutschen Zollvereins ist nicht neu, spielte vielmehr in den Zollvereinskrisen von 1852 und 1864 eine sehr große Rolle. Allerdings waren bei diesem Zollproject so viel Wenn und Aber, dass man sich eine Einrichtung nach dem Vorbilde des Deutschen Zollvereins bei Weise nicht darunter denken darf. Heute schwelt der Gedanke an einen solchen Zollverein noch so schattenhaft in der Luft, er ist aus seiner ganzen Natur nach so problematisch und fragwürdig, dass es uns nicht einmal möglich ist, irgend eine eingehendere Betrachtung daranzuläufen. Vorher liegt uns dagegen recht viel daran, dass zunächst Unterhändler von beiden Seiten mit redlichem Willen zusammen treten; dass sie den rechten Weg alsdann finden, darum ist uns nicht bang, die Notwendigkeit wird ihn finden helfen.“

Aus Berlin wird der Kölnerischen Zeitung geschrieben: „In der gesamten Presse der deutschen Hauptstadt spricht sich mit größerer oder geringerer Lebhaftigkeit die Bestreitung über die von Bismarck eingeleitete neue Wendung der Dinge aus. Das deutschfeindliche Treiben in Russland hatte hier nachgerade eine arge Bestimmung erzeugt, die dadurch noch verstärkt wurde, dass man nach vieler Meinung in den Beschwichtigungsversuchen gegen Russland zu weit gegangen war. Schon die Sendung des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Warschau wurde manchmal glossirt. Erzählt man sich doch, was wir nicht verbürgen wollen, zu den Wandern bei Warschau hätten viele fremdländische Offiziere Einladungen erhalten, aber keine deutschen. Feldmarschall Manteuffel musste natürlich deutsche Offiziere in seinem Gefolge haben, und so war Deutschland in Warschau wenigstens zum Schein vertreten. Auch war es gewiss eine große Artigkeit, dass bei der Begrüßung beider Kaiser der Oheim auf das Gebiet des Neffen reiste und nicht umgekehrt. Kurz, die Rücksichten gegen Russland sind so weit wie möglich getrieben. Nichtsdestoweniger behauptet unser Reichskanzler und gewiss mit Recht, dass die russische Diplomatie gegen Deutschland wähle. Wenn man bedenkt, dass es Bismarck war, welcher

sagte: unsere Freundschaft mit Russland stände thurmhoch über allen Ansprüchen, so ist es gewiss ein Zeichen der Zeit, dass derselbe Staatsmann jetzt geöffnet hat, eine Denkschrift gegen die russischen Umtreiber aufzusehen, vor denen wir aber wohl nun für einige Zeit Ruhe haben werden. Russlands Bewerbungen in Paris sind vergeblich gewesen. Die offiziellen Feiern in Paris und Berlin versichern um die Wette, dass das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland augenblicklich nichts zu wünschen übrig lasse.“

Zu dem Besuch des Fürsten Bismarck in Wien bemerkt die Provinzial-Correspondenz: „Eine in hohem Maße beachtungswerte Thatsache ist die, dass, abweichend von allen sonstigen ähnlichen Fällen, diesmal ganz Europa von der friedlichen Bedeutung und Wirkung der Verhandlungen überzeugt zu sein scheint.“

Die Neue Preußische Zeitung sagt in einem „Deutschland und Russland“ überschriebenen Artikel: „Die Elemente, welche gegenwärtig auf die russische Politik einen anscheinend leider großen Einfluss üben, haben sich in eine Phantasiepolitik verloren, welche, gerade weil sie von allen realen Voraussetzungen absieht, sich am leichtesten zu wüsten Annahmen verleiht, die zu Complications führen können. Wenn es wahr ist, dass man einen Traumwandler am schnellsten aus dem Banne, welcher ihn gefangen hält, befreit, wenn man ihm beim Namen rutscht, so ist es ja ein oft erprobtes Hülsmittel der Bismarckschen Politik, kritische Zustände rasch und gründlich dadurch ins Klare zu segnen, dass sie den Gegner auf seinen dunklen Wegen kräftig anruft und ihn nicht lange in Zweifel darüber lässt, wessen man sich zu ihm versetzen zu müssen glaubt. Wenn irgendeine diplomatische Methode, so ist es diese, welche die Erhaltung des Friedens sichert, weil sie dem Gegner nicht Zeit lässt, sich zu eigenem Schaden und zur allgemeinen Gefährdung ernsthaft zu verstricken, während es vielleicht von vornherein nur waghalsige Gelüste waren, die ohne ein klar bestimmtes Ziel im Auge zu haben, ihre Kraft erproben wollten. Jedenfalls — wenn nicht alle Zeichen trügen — weiß man jetzt in Russland, dass man deutscherseits auf der Hut ist, und es wird sich bald zeigen, ob der Aufruf dem Traumwandler in den beteiligten Kreisen ein Ende gemacht hat. Wir zweifeln nicht, dass dies geschehen ist und dass man in Russland, wenn bei den betreffenden Schülern erst das unmöglichste Auge wieder die Kraft gewonnen hat, die europäischen Beziehungen nach ihrem realen Grunde und Inhalt zu verwerthen, das Bedürfnis lebhaft genug werden wird, die erprobte Freundschaft Deutschlands nicht durch groteske Ansprüche auf das Spiel zu setzen.“

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 22. Sept.: „Der russische Reichskanzler Fürst Gortschatow ist nicht erst seit gestern bemüht, in ein näheres Verhältnis mit Frankreich zu treten. Man erinnert sich, dass unser Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, nicht lange vor Schluss des Reichstages plötzlich nach der französischen Hauptstadt abreiste. Die Veranlassung dazu war die, dass die russischen Intrigen in Paris so deutlich hervortreten waren, dass deutscherseits eine Gegenwirkung für nothwendig erachtet wurde. Man darf überzeugt sein, dass sowohl die militärische wie die diplomatische Leitung Deutschlands die grobe Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses unausgefehl im Auge behält. Der deutsche Reichskanzler hat in der letzten Zeit in Petersburg eine sehr klare und sehr scharfe Sprache geführt, die hoffentlich ihren Eindruck nicht verfehlten wird. Was man von Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser Wilhelm und Bismarck erzählt, die bei Gelegenheit der Sendung des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Warschau stattgefunden haben sollen, scheint übertrieben. Von kundiger Seite wird berichtet, dass Borgefallene beschränke sich darauf, dass der Kaiser Bismarck telegraphisch unterrichtete, er werde in der Voraussetzung der Billigung des Reichskanzlers den Feldmarschall Manteuffel in einer militärischen Mission zur Begrüßung des Kaisers nach Warschau schicken, und Bismarck hierauf erwiderte, er wolle, da die Sendung einmal von Sr. Maj. beschlossen wäre, sich nicht darüber äußern; gleichzeitig aber setzte sich der Reichskanzler hin und arbeitete für den Kaiser eine Denkschrift aus, worin er alle Machinationen der russischen Diplomatie nachwies. Diese Denkschrift ist vom Kaiser mit Aufmerksamkeit gelesen worden, und es hat sich ein völliges Einverständnis zwischen dem Kaiser und seinem ersten Diener hergestellt.“

Die Post schreibt: „Wir haben gestern eine Bemerkung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Bemühungen mitgetheilt, welche der Herzog v. Deutz und seine politischen Freunde (Monarchisten) innerhalb und außerhalb Frankreichs anstellen, um eine Störung in das durchaus befriedigende Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zu bringen. Wir schließen uns der Meinung des erwähnten Blattes an, dass diese Bemühungen zwar gegen Deutschland, nicht minder aber gegen die republikanische Regierung Frank-

reichs gerichtet sind. Wir würden nicht überrascht sein, wenn irgendeine Prätendentenschaft, sei es eine fusionistische, sei es eine rein orleanistische, demnächst geprägt würde, als ob sie die für den Zweck der Redanchen wünschenswerthen Bundesgenossenschaften in der Hand trüge. Die Wachsamkeit gegen solche Intrigen ist indeß Sache der Franzosen. Wogegen aber die deutsche Presse, vor allem aber unser Blatt sich laut verwohnen müssen, ist die auf die Unbekannte der meisten Franzosen mit der Presse des Auslandes berechnete Unwahrheit, dass die deutsche Presse den Kampf gegen Frankreich einzuleiten beginne. Die deutsche Presse hat dem gegenwärtigen Frankreich gegenüber theils achtungsvolle Zurückhaltung, theils ausdrückliche Sympathie an den Tag gelegt.“

Aus Berlin vom 24. Sept. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Die Nachricht von dem erneuten Er scheinen eines außerordentlichen amerikanischen Agenten zum Zweck einer weiteren Agitation für die Wiedereinführung der Silberwährung ist hier lebhaft besprochen worden. Von zuverlässiger Seite hören wir mit vollster Bestimmtheit versichern, dass es sich bei dem ganzen Vorgange nur um eine Anfrage bei dem Auswärtigen Amt gehandelt hat, um Deutschland für die Beschickung der internationalen Münzkonferenz zugänglich zu machen. An den Reichskanzler ist die Angelegenheit noch gar nicht herangetreten, und es kann heute noch mit derselben Bestimmtheit, wie dies neulich noch an dieser Stelle geschehen ist, versichert werden, dass für jetzt an einer Änderung der Münzgesetzgebung nicht gedacht wird. Verhehlen lässt sich nicht, dass es an gewichtigen Stimmen nicht fehlt, welche dauernd der gemischten Währung das Wort reden; noch fehlt es indessen an irgendwelchem Anhalt dafür, dass es diesen Stimmen gelänge, sich irgendwie Geltung zu verschaffen.“

Preussen. In einem Artikel über „Die Wahlen und die preußischen Steuern“ sagt die Provinzial-Correspondenz:

„Die Provinzial-Correspondenz hat jüngst darauf hingewiesen, dass die dringendsten unmittelbaren Aufgaben der bevorstehenden Landtagssession nur im Zusammenwirken mit einer Mehrheit gelöst werden können, welche im Bezug auf die Gesamtziele des wirtschaftlichen Strebens auf dem Boden eines grundfächlichen und vertrauensvollen Einverständnisses mit der Regierung steht. Dem gegenüber wird in der liberalen Presse und in liberalen Wahlauszeiten mit einer gewissen mechanischen Gleichförmigkeit die Phrase wiederholt, dass die handelspolitischen Fragen, welche im Reichstage so heftige Kämpfe hervorgerufen haben, den preußischen Landtag nicht beschäftigen werden. Allerdings — dieselben Fragen und in derselben Gestalt werden den Landtag nicht beschäftigen, wohl aber die nothwendigen Folgerungen der Reichspolitik, soweit sie die finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben des speziellen preußischen Staatslebens betreffen. Um ihre guten Absichten für das Volkswohl durchzuführen, bedarf sie aber eines ernsten, vertrauensvollen Entgegenkommens seitens der Landesvertretung, und dies kann sie unzweifelhaft sicherer von Männern erwarten, welche der wirtschaftlichen Gesamtziel des Kanzlers zu stimmen, als von solchen, welche derselben grundfächlich widerstrebt haben. Es liegt in der menschlichen Natur und in dem Wesen der politischen Parteien, dass diejenigen, welche eine große Maßregel bekämpft haben, nicht hinterher großen Eifer begeistern, um die wohlthätigen Folgen derselben ins Licht treten zu lassen; vielmehr liegt die Gefahr nahe, dass sie auch der weiten Durchführung der von ihnen grundsätzlich bekämpften Reform in ihren Consequenzen eher Schwierigkeiten bereiten, als die unvermeidlichen Schwierigkeiten eben helfen werden. Mögen die Wähler dafür sorgen, dass die künftige Landesvertretung überwiegend aus Männern besteht, welche auf Grund gemeinsamen wirtschaftlichen Strebens mit dem Kanzler Bismarck auch die volle Bereitwilligkeit haben, sich über die Folgen der deutschen Wirtschaftsreform für das preußische Steuerwesen mit der Regierung zu verständigen.“

Die Provinzial-Correspondenz bespricht dann die Eisenbahnfrage und bemerkt hier: „Eine weitere Aufgabe von der größten praktischen Bedeutung für das wirtschaftliche Gedeihen im Lande wird die bevorstehende Session des Landtages beschäftigen: die Frage des Ankaufs einer Reihe großer Privateisenbahnen für den Staat und der sich daran knüpfenden weiteren Maßnahmen. Das Interesse des Landes erhebt dringend eine durchgreifende Ordnung des Eisenbahnwesens. Der gegenwärtige Zustand derselben entspricht nicht den gerechten Ansprüchen der Bevölkerung. Indem sie auch in dieser Beziehung auf eine willige Unterstützung des noch frischen Verkehrslebens ausschauenden Landes rechnen darf, muss ihr Wunsch um so mehr dahin gehen, dass ihr zur Mitarbeit eine Landesvertretung enthandt werde, welche ihrem Gesamtstreben von vornherein mit Vertrauen entgegenkomme. Es versteht sich von selbst, dass die Regierung eine unbefangene und unabhängige Prüfung

Der Vorlagen erwartet und bringend wünscht: sie ist überzeugt, daß gerade eine unbefangene Prüfung zur bereitwilligen Anerkennung der Wichtigkeit ihres Planes vom Standpunkt des öffentlichen Wohls und einer guten Finanzpolitik führen und die Vereinbarung im Einzelnen abbahnen werde. Aber sie muß ebenso dringend wünschen, daß nicht unter politischen Vorwänden, welche vornehmlich auf dem Boden des Widerstrebens gegen die Wirtschaftspolitik des Kanzlers aufsteinen, daß nicht unter vieldeutigen Phrasen, wie die der «Bürgschaften gegen die Ausdehnung der Verwaltungskognos», der Blick von der durchgreifenden praktischen Wichtigkeit der Sache abgelenkt und das Volk um eine der wohlthätigsten Reformen gebracht werde.“

Ein Berliner Correspondent der Kölnischen Zeitung schreibt über die Wahlen: „An Stelle einer Spaltung durch die Mitte der alten national-liberalen Partei scheint man viel eher eine Spaltung durch die Mitte der freiconservativen zu erwarten! Der Kern des gemäßigten conservativen wie des liberalen Bürgertums in Stadt und Land scheint zusammenstehen zu wollen zu entschlossener Schutz der unter der hervorragenden Mitwirkung freiconservativer Minister zu Stande gebrachten neuen Gesetze und Verwaltungskognos. Ein Theil der freiconservativen Fraction neigt allerdings mehr zu einer conservativen agrarischen Reaction, und gegen diesen Theil scheint der liberalere Theil sich enger an die große gemäßigte-liberale Partei anschließen zu wollen.“

Der Artikel des Professor Bluntschli in der Deutschen Revue, aus dem wir gestern eine Stelle über die allgemeine Lage citirten, spricht sich auch über die Haltung der national-liberalen Partei vor und nach der letzten Kritik aus und zwar genau so, wie wir dies wiederholen gethan. Bluntschli sagt:

Nicht, daß die Partei einmal in einer wichtigen Frage zur Opposition gehörte und in der Minderheit blieb, ist das Bedeutliche, sondern die unglückliche Schwäche, welche es möglich machte, daß die ultramontane Partei in die Lücke einmarschierte und eine Aussöhnung nahm, wie sie früher die liberal-nationalen Partei zum Ruhm des Reiches eingenommen hatte. Die verderbliche Wendung begann an dem Tage, als die Allianz, welche der Fürst Bismarck gegen Neujahr 1878 der Partei anbot, von dieser nicht acceptirt wurde; damals, als die kritischen Bebenen stärker waren, als das Vertrauen auf die eigene Thalkraft. Es gab noch einen zweiten Moment, freilich nicht mehr einen so glänzenden, in welchem eine Versöhnung mit dem Reichstag möglicher geworden wäre, die Gelegenheit einer Allianz der liberalen Elemente mit den conservativen im Gegenseite zu den radikal und ultramontanen Extremen. Wieder erwiesen sich aber in der Parteileitung die Talente der Kritik, welche von alten Sympathien mit der Opposition der Hochschriftspartei und Antipathien wider alle Conservativen unterstellt wurden, stärker als die Einstift in die notwendigen Bedingungen eines parlamentarischen Sieges und einer Durchführung der unerlässlichen Finanzreform.

Der augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 21. Sept.: „Zum ersten mal seit seinem Rücktritt hat Dr. Falk Gelegenheit genommen, sich über die nächsten Folgen seines Schrittes auszusprechen, und zwar in der Form eines Schreibens an den Redakteur der Deutschen Revue, der ihn zur Mitwirkung an dieser Zeitschrift aufgefordert hatte. Wenn man das Schreiben, in welchem Dr. Falk diese Aufforderung vorläufig wenigstens ablehnt, aufmerksam liest, so kann man darüber nicht mehr im Zweifel sein, daß die Bedeutung des Rücktritts des früheren Cultusministers bisher eher unter- als überhängt worden ist. Dr. v. Puttkamer hatte in seiner bekannten Rede in Köslin, welche charakteristischerweise mit der Erklärung schloß: «Einen Toast bringe ich nicht aus», eingestanden, daß er in wesentlichen Punkten mit seinem Vorgänger nicht einverstanden sei. Dass einer dieser wesentlichen Punkte die Leitung der Unterrichtsverwaltung, das Verhältnis von Staat und Kirche zur Schule, ist, hat inzwischen der Erlass des Hrn. v. Puttkamer an den westfälischen Clerus vom 8. Sept. und die Beseitigung des Schulrats Dr. Lauer bewiesen. Was wir auf diesem Gebiete noch zu erwarten haben, deutet Dr. Falk an, indem er daran erinnert, daß über den Geist, in welchem das Unterrichtswesen geleitet wird, stets die Verwaltung, d. h. die Person des jeweiligen Ministers, entscheidet. Darauf waren wir in der That vorbereitet. Weniger vorbereitet aber waren wir auf die Erklärung, welche Dr. Falk dem auch von den Offiziellen seinerzeit eingestandenen Motiv für seinen Rücktritt zutheil werden läßt, dem nämlich, daß sein Weggehen den Ausgleich mit der Curie erleichtern werde. Dr. Falk sah offenbar voraus, daß die Verhandlungen über die Beilegung des Culturfamps an einem Punkte ankommen würden, wo ihm ein weiteres Zusammengehen mit dem Fürsten Bismarck unmöglich würde. In den Augen des früheren Cultusministers ist der Wille des Fürsten Bismarck, an den Rechten des Staates den Kirchen gegenüber festzuhalten, d. h. nicht nach Canossa zu gehen, keine absolute Garantie. Fürst Bismarck, sagt Dr. Falk, wird sicherlich nicht nach Canossa gehen, wenn er es vermeiden kann. Der frühere Cultusminister aber fürchtet, daß der Ausfall der Wahlen den Fürsten Bismarck in eine Lage bringen könnte, in der er, obgleich er viel vermag, doch nicht am Stande sein würde, den Gang nach Canossa zu

vermeiden. Mit andern Worten: wenn es den evangelischen Ultras in Verbindung mit den Ultramontanen gelingt, sich im Abgeordnetenhaus die Mehrheit zu verschaffen, so ist zu fürchten, daß diese Mehrheit den Fürsten Bismarck zwingt, einen Theil der Erfolge, welche die Culturfampf-Gesetzgebung dem Staate gesichert hat, bei dem Abschluße des Friedens wieder preiszugeben. Wie groß die Gefahr ist, geht daraus hervor, daß Dr. Falk, sonstige Rücksichten beiseiteliegend, den Warnungsruf erschallen läßt: «Die pessimistischen Anschaunungen müssen Wahrheit werden, wenn von denen, die zum Handeln berufen sind, die Hände in den Schoss gelegt werden.» Hoffentlich wird dieses Wort des früheren Cultusministers diejenigen aufwecken, die sich noch immer durch die offiziellen Proteste gegen das «Reactionsgerede» über die handgreifliche Gefahr der Lage täuschen lassen, und denen Glauben schenken, die immer nur von der Vertheidigung der nationalen Wirtschaftspolitik sprechen. Die Parole der «nationalen Wirtschaftspolitik» ist lediglich dazu bestimmt, die politischen Gegenstände bei den Wahlen zu paralyzieren und der politischen Reaction die Wege zu ebnen.“

Eine Mehrheit auf dem Gebiete der Kirchenpolitik, wie sie hier oben angedeutet wird, halten wir für absolut unmöglich, sowohl nach dem bisherigen Stande der Parteien im Abgeordnetenhaus als nach allen bisherigen Erfahrungen bei den Wahlen.

Die «Germania» sagt zu der Auslassung der Post: über das Schreiben Hall's: „Wir sind über

Erwartung befriedigt, die Post hat sich gründlich die Wege gebahnt zu Concessions an Amtshandlungen des Hrn. v. Puttkamer, die mit Amtshandlungen Hall's im Widerspruch stehen.“

Elsach-Lothringen. Unter den Landmädchen in Bollstädt, welche zu Biwersheim nach dem Corpsmanöver am 20. Sept. den Majestäten Blumensträuße überreichten, befand sich Marie Börst von Mundolsheim, welche mit dem Bouquet zugleich im Auftrage der Gemeinde ein Gedicht in elsässer Mundart dem Kaiser übergab, in welchem die Gemeinde Ihren Dank ausspricht für die Erlangung einer Eisenbahnhaltestelle. Es lautet nach der Straßburger Zeitung: Herr Kaiser, duen Sie mich doch g'sälliglich exklusive, Wenn ich do zue 'ne summ um 'ne zue brädelire Unn Mundolsheim e Struß. Faschd havi mi schenkt, Sie henn so viel que duen unn sinn gewis brefriet. Unn doch, Sie sehn's, i hab mier's nitt soon nemme welle, Im Name der Gemein nich Ihne vorzestelle, Due banke-e-Ihne jeh fur d' mandeler Station, Die an der Isabala Sie henn erzieke loon. Vor lange Jode han, noch unter de Graizote, Henn mer d' Station begehr, bi Kleine unn bi Große, Unn do hett's g'heite stet: Ihr Pitt es kann nit g'schein, „Aller à Homburg“, der Waiss isch gar zu scheen. Do henn mir uns gewenbt, zum Reddi endli heiser, Du ere Bitteingab an Sie, de gude Kaiser, Wie vor zwei Jore Sie bi Mundolsheim jnn g'sinn Do heut die Sach geleest Sie grad in unsem Sinn. Drum dankt mir an jeh so recht vun ganzem Herze Unn welle ganz getrosch d' vergange Sach verschränge, Wit doch die Bild uns hitt, bis lang erhofft, isch b'scheer, Sie laufe Ihne selbisch, wie Sie uns sinn so werth. Unn wie's uns Ali frajst, daß noch so schwere Dau, Wo Sie-e-Märderziel — in Badberbruchd getraue Se bitte heiße Schmerz — uss neier Kaiserfahrt Ich widdro vor uns stehn dum ewje Gott bewahrt! O nemme Sie de Struß unn uns'ri Wünsc hertnewe, Hoch soll in Himmels Schön stet Kaiser Wilhelm lewe, Unn soll der liewi Gott Sie doch erreiche loon. Uff langer Erdenbahn noch manci Station!

Als am Samstag der achtzigjährige Bürgermeister von Füdenheim in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck gab, Se. Maj. im nächsten Jahre wieder im Elsach begrüßt zu können, erwiderte der Kaiser freundlich lächelnd ungeschrifft Folgendes: „Ja, das wäre schon recht schön, aber im nächsten Jahre gehe ich schon in das 84. Jahr, da wird sich dies schwerlich thun lassen. Doch wir wollen sehen.“

ÖSTERREICH-UNGARN.

○ Wien, 23. Sept. Jeder Tag der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in unserer Stadt trägt von neuem dazu bei, uns die große Bedeutung dieses Ereignisses näher zu bringen. Das Auftreten des Fürsten unter uns, die Art, wie er empfangen worden, die ungemein auszeichnende Weise, in der ihm der Hof und speciell der Kaiser entgegenkommt — das alles spricht dafür, daß wir es mit einem Freunde und Alliierten zu thun haben, den wir nicht erst zu gewinnen haben, dessen wir vielmehr bereits sicher sind. Die maßgebenden politischen Persönlichkeiten, die gestern und heute die Ehre hatten mit dem Fürsten zu verkehren, sollen von den Ergebnissen dieser Unterredungen hoch befriedigt gewesen sein. Insbesondere wird dies dem Grafen Andrassy nachzählt, der fast den ganzen Tag mit dem Kanzler des Deutschen Reiches beisammen ist und der, wiewol sein Nachfolger bereits ernannt ist, alle Verhandlungen mit dem Fürsten persönlich führt; wie denn auch Graf Andrassy das ganze Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, die Beziehungen zum Deutschen Kaiser dahin gebracht zu haben, wo wir sie heute sehen, und sie so gestaltet zu haben, daß ihm

selbst seine entgegnetesten politischen Gegner Beifall klatschen müssen und diejenigen, die es nicht über sich bringen, das Gute auch beim Gegner anzuerkennen, sich verdrießliches Schweigen auferlegen müssen. Die gegenwärtige Begegnung Bismarck's und Andrassy's und der glanzvolle Schmuck, den dieses Ereigniß in den Augen aller Österreich um das Haupt beider Staatsmänner windet, ist wohl geeignet, jenen tendenziösen Ausstreuungen, welchen zufolge der Rücktritt Andrassy's ein Fall, ein Sturz sei, den letzten Rest von Glauben zu beseitmen.

So scheidet kein gefallener Staatsmann, wie Graf Andrassy aus dem Amt scheitert, so ruhmvoll hat sich überhaupt kaum je ein Minister zurückgezogen, wie es Graf Andrassy gegenwärtig thut. Noch im Abschiede verknüpft er seinen Namen mit einer Action, deren Größe und Lähmung mehr noch von ihren Gegnern als von ihren Anhängern anerkannt wird, die speciell in Österreich so ganz und gar den Wünschen der Majorität der Bevölkerung entspricht und die überall in Europa, wo man ein gutes Gewissen hat, als ein Symptom und eine Wirtschaft des Friedens angesehen werden muss. So wird Andrassy seinem Nachfolger eine Erbschaft hinterlassen, wie weder er noch irgend einer seiner Vorgänger im Amt sie zu übernehmen das Glück hatte. Es kommt dabei kaum in Betracht, ob das neue Verhältnis zu Deutschland vertragsgemäß in Paragraphenform gebracht, ob es nur durch Mannesworte besiegelt ist. Das Verhältnis ist ein nothwendiges, ein aus der Situation sich ganz von selbst ergebendes, und man kann es lächlich wagen, zu sagen, daß es selbst dann bestände, wenn es auch die Minister nicht vereinbart hätten. Allerdings hört man hier und da noch die Superlügen, die da finden, es sei dem Fürsten Bismarck nicht zu trauen; er habe den Grafen Rechberg dupiert, es werde andern nicht besser gehen. In die Kumpelkammer mit solcher Weisheit! In Wahrheit hat kein Staatsmann während seiner ganzen Carrriere mehr Geduld und Offenheit, die mitunter recht rücksichtslos sein konnte, befunden als gerade Fürst Bismarck. Diejenigen, die sich von ihm betrogen wähnen, haben sich eigentlich nur selbst betrogen, und im ganzen trifft auch hier das gute Wort des geistreichen Cardinals zu, der da sagt: „Die Menschen sind viel häufiger die Dupes ihres Mistrusten als ihres Vertrauens geworden.“ In dem heutigen Verhältnis Österreichs zu Deutschland und wie beide aufeinander angewiesen sind, hat das Wort „Mistrust“ keinen Platz mehr. Beide wollen den Frieden, wollen sich den Genuss desselben sichern und dazu sind sie vereint eben stark genug. Schon die Thatache dieser Bundesgenossenschaft allein wird hinreichen, die friedenserörenden Absichten, die da und dort immerhin bestehen mögen, zu verscheuchen und zu unterdrücken.

— Die «Presse» schreibt unter 23. Sept.: „Wo immer sich Fürst Bismarck zeigt, ist er Gegenstand lebhaftester Aufmerksamkeit des Publikums. Da es genügt, daß man eines Hochwagens ansichtig wird, und sofort sammelt sich eine zahlreiche Menschenmenge an. Ist der Fürst im Wagen, so folgt ihm die Menge und wartet dann vor dem Hause, in dem sich der Fürst aufhält. Heute war der Andrang etwas geringer als gestern und zudem unterließ man die Hochrufe. Wie Fürst Bismarck darüber denkt, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß die preußischen Polizisten, die auch hier stets in seiner Nähe sich aufzuhalten, nicht wenig beunruhigt waren, als sie den großen Andrang wahrnahmen, der sich überall zeigte, wo man den Fürsten zu sehen glaubte. Den Fürsten hatten nach Gastein ein Polizeicommissarius aus Berlin und vier Detectives begleitet. Der Polizeicommissarius ist derselbe, der aus Anlaß der Hölle Hödel und Nobiling sich in Wien aufgehalten. Für den Aufenthalt in Wien war die Zahl der preußischen Detectives um zwei vermehrt. Diesen Berliner Herren war es ganz unglaublich, daß die wiener Polizei gegen das Publikum nicht so einschreite, wie sie das in Berlin vielleicht thun mag. Sie hätten es lieber gelesen, wenn im Westbahnhof der Perron leer geblieben wäre und wenn in der Einfahrt des Hotels Imperial sich niemand aufgehalten hätte. Die Herren vergessen aber, daß sie es in Wien mit einem ganz andern Publikum zu thun haben als in Berlin, und daß wiener und berliner Verhältnisse hinselweit voneinander verschieden sind. Hier thut ein treffendes gemütliches Wort, zur rechten Zeit ausgesprochen, weit mehr Wirkung als dort ein strenger Befehl, und doch herrscht hier wohllich überall eine musterhafte Ordnung. Und was die Sicherheit der Person betrifft, so ist diese hier gewiß ebenso gewährleistet wie in Berlin. Uebrigens schadet die Anwesenheit der Berliner Polizisten durchaus nicht, wenn sie auch nicht nothwendig ist, und ihr Verlebt mit den wiener Polizisten ist ein ganz angenehmer, trotzdem die unserigen auf die «Räumungsdeeds» ihrer Collegen nicht eingegangen sind. In die Hochrufe, die dem Fürsten Bismarck dargebracht wurden, hat einer auch ein Stücklein Politik eingemengt, indem er rief: «Hoch Bismarck, wenn er es ehrlich mit uns meint!» Sonst gab's keine besondern Zwischenfälle.“

Die
den Hul-
mark da-
hinter si-
mischen
Volkome-
seinen B-
Siegel zwischen
— Unte-
Wien ist
Oldenb-
Wien bis
dem Pfe-
Blatt ei-
nen, in
einem ge-
es daselb-
die Rebe-
seines S-
die für
reich-Ung-
* Par-
stern im
die als e-
langen
der Repu-
Feinde b-
siegeln.
den Kler-
Kleistalen
der man
zu beläm-
für den
nung vo-
cordatis.
particulu-
nisse des
ist übrig-
Princip
reich Al-
als Drot-
geln der
mus der
blit gege-
lässt die
Mann ge-
walt un-
Namen.
man sich
fähig ist,
sie Män-
beitigte!
Betreffe
tätslasten
aus der
lichkeit, v
ausgehen,
geminder-
Redner
Das jeht
zum Wer-
muz von
das Wo-
Blanc so
ligher, pr-
lung der
von den
fung der
gerichtlich
gegebene
heit der
liche En-
große un-
und zusam-
die Unter-
werden so
den Augen-
säpe sind
die Richt-
zur Freih-
Säm-
ische B-
matrikeller
dieselbe si-
nicht, da-
fest um f-
Blanqu-
seille prä-
die Rück-
fest Louis-
der Radis-
Kammerse-
In i-
Bismar-
Presse di-

gner Beifall nicht über sich anzuerkennen, läßt. Die Andrassy'sche Erneuerung in Haupt und Nebenministeriumen ist der Rücktritt des letzten Restes eines gespaltenen Amtes scheitert, kaum je ein rasch gegenstet er seinen Kühnheit ihren Unterricht so tät der Be- pa, wo man eine Bürg- So wird hinterlassen, hinterlässt, ergänger im Es kommt Verhältnis zu aufzufinden ge- besiegt ist. aus der und man selbst dann vereinbart a noch die ersten Bis- n Reichenberg. In die Wahrheit en Carrière reicht rück- fürt Bis- en wähnen, im ganzen ichen Car- viel häu- Bertrauens Desterreichs angewiesen Blau mehr. en Genüg- eben stark esgenossen- endenden Ab- mängen, zu

„Wo Bogenstand Da es ge- wird, und menge an. die Menge a sich der etwas ge- dienen Hoch- wissen wir Poli- sich auf- s sie den fall zeigte, n Fürsten us Berlin commissio- hodel und Aufent- en Detec- erren war gegen das in Berlin gesehen, ben wäre serial sich- ssen aber, Publizum enen und erschieden Vort, zur lung als vier wahr- was die er gewiß schadet aus nicht, Verkehrs- gennehmer, en ihrer Hochre- den, hat indem et mit uns jenseit.“

Die Kölnische Zeitung bemerkt treffend: „Unter den Ausbildungungen, welche in Wien dem Fürsten Bismarck dargebracht wurden, ist vielleicht keine schmeichelhafter für den deutschen Reichskanzler als die förmlichen Hoch, womit Kaiser Franz Joseph von der Volksmenge empfangen wurde, als er Bismarck durch seinen Besuch ausgezeichnet hatte. Daburch wird das Siegel der Volksähnlichkeit auf das neue Bündnis zwischen Deutschland und Österreich gedrückt.“

Unter den Besuchern des Fürsten Bismarck in Wien ist bekanntlich auch der Prinz Peter von Oldenburg genannt worden, dessen Anwesenheit in Wien bis dahin noch nicht erwähnt worden war. Wie dem Pester Lloyd von Wien aus telegraphiert wird, stände der wiener Aufenthalt des Prinzen, den das Blatt einen „offiziellen Vertreter des Zaren ad hoc“ nennt, mit den Dingen auf politischem Gebiete in einem gewissen Zusammenhänge. „Obwohl“ — heißt es daselbst — „von einer eigentlichen Mission nicht die Rede sein kann, hat doch der Prinz im Namen seines Souveräns hier gewisse Erklärungen abzugeben, die für die Beziehungen zwischen Russland und Österreich-Ungarn von einem Einfluß sein dürften.“

Frankreich.

* Paris, 23. Sept. Dr. Louis Blanc hieß vorgestern im Theater Valette in Marseille eine Rede, die als ein Programm betrachtet werden kann. Die lange Rede kann im wesentlichen folgendermaßen zusammengefaßt werden: Er bestätigt das Bestehen der Republik und deutet an, worin die Kraft ihrer Feinde besteht und was man thun soll, um sie zu besiegen. In die erste Reihe ihrer Feinde muß man den Clerikalismus stellen. Der Redner bekämpft den Clerikalismus und erklärt, die wahre Waffe, mit der man sich bewaffnen müsse, um den Clerikalismus zu bekämpfen, sei das Geist des Gemeinen Rechtes für den Clerus. Dr. Louis Blanc verlangt die Trennung von Kirche und Staat, die Aufhebung des Concordats. Der zweite Feind der Republik ist der Bonapartismus. Der Redner erinnert an die Verhängnisse des ersten und des zweiten Kaiserreiches. Dieses ist übrigens eine Erschaffung ohne Erben. Nur das Principe des Cäsarismus steht noch aufrecht, das zahlreiche Anhänger unter den Beamten hat. Noch bleibt als Drohung gegen die Republik die aus den Mängeln der Verfassung entspringende Gefahr, der Dualismus der Kammer und die dem Präsidenten der Republik gegebenen übertriebenen Vorrechte. Der Redner läßt die Person von Hrn. Jules Grévy beiseite. Der Name geht fort, das Ding steht. Die Exekutivewalt unterscheidet sich vom Königthum nur durch den Namen. Da aber die Verfassung so gemacht ist, muß man sich darin fügen. Über da sie auch revisionsfähig ist, muß man hervorheben, in welchen Punkten sie Mängel zeigt. Dr. Louis Blanc wünscht die unbedingte Pressefreiheit und die Autonomie der Gemeinde. Betreffs der Armee will er die Gleichheit der Militärlasten. Für das Gerichtspersonal verwirkt er die aus der Unabschließbarkeit hervorgehende Unverantwortlichkeit, verlangt, daß die Richterfunctionen vom Volk ausgehen, daß die Anzahl der Gerichtspersonen herabgemindert und die Gehälter erhöht werden. Der Redner spricht sich gegen die präventive Haft aus. Das jetzige System der gerichtlichen Untersuchung kann zum Werkzeug des Despotismus werden. Jeder Bürger muß von Rechts wegen Mitglied der Jury sein. Für das Wohlergehen der Republik beantragt Dr. Louis Blanc folgende Reformen: obligatorischer, unentgeltlicher, professioneller Laienelementarunterricht; Vertretung der Kindererheiten; eine einzige Steuer; der Staat von den Privatspeculationen fern gehalten; Abschaffung der Todesstrafe; Entschädigung infolge erkannter gerichtlicher Irrungen; der dem gerichtlichen Beistand gegebene Charakter eines Almosens abgeschafft; Gleichheit der väterlichen und mütterlichen Gewalt; bürgerliche Emancipierung des Weibes, und vor allem die große und höchste Frage, die alle andern umschließt und zusammenfaßt, die sociale Frage, die nur durch die Unterstützung von willensstarken Männern gelöst werden kann, wobei aber niemals die Grundsätze aus den Augen gelassen werden müssen, denn die Grundsätze sind wie der Kompass des Seefahrers, sie deuten die Richtung an, welche die Völker auf dem Wege zur Freiheit verfolgen müssen.

Sämtliche ministerielle und gemäßigtheit republikanische Blätter greifen Louis Blanc wegen seiner Marschallrede auf das heftigste an und erklären dieselbe für eine schlechte Handlung; dies hindert aber nicht, daß in radicalen Kreisen Louis Blanc's Manifest um so mehr verherrlicht wird. Man meldet, daß Blanc qui einem socialistischen Arbeiterbanket in Marseille präsidiere werde, um gleichfalls in einer Rede die Lücken des socialistischen Programms in dem Manifeste Louis Blanc's auszufüllen. Alles dies zeigt, daß der Radicalismus eine Schilderhebung für die nächste Kammerwahl vorbereitet.

In ihren Besprechungen der Reise des Fürsten Bismarck nach Wien weist ein Theil der hiesigen Presse die Auslassungen deutscher und österreichischer

Blätter, daß Frankreich nichts von etwaigen Abmachungen in Wien zu fürchten habe, mit der Bemerkung zurück, Frankreich als gänzlich uninteressanter Zuschauer bedürfe solcher Beruhigung nicht. Wenn aber ferner Fürst Bismarck sein Werk der Einigung aller germanischen Stämme durch eine intime Allianz Deutschlands mit Österreich kröne, so liege hierin nur eine Sicherung des europäischen Friedens und ein Schutz dagegen, daß Europa nicht losdächte werde.

Zu einem Banket, welches am 29. Sept. am 59. Geburtstage des Grafen Chambord in Chambord bei Blois stattfinden soll, hatte auch der Director des orleanistischen Soleil, Dr. Edouard Hervé, eine Einladung erhalten. In einem im Soleil veröffentlichten Schreiben hat derselbe es abgelehnt, sich daran zu beteiligen, weil man aus seiner Anwesenheit den unrichtigen Schluss ziehen könnte, daß zwischen Legitimisten und Orleanisten eine so entschiedene Uebereinstimmung herrsche, daß sie als Basis einer politischen Action dienen könne. Eine solche Uebereinstimmung aber, müßte er constatiren, sei nicht vorhanden und es habe den Anschein, als sei man weiter als je von der selben entfernt.

Dieser Brief wird von den Blättern als Beweis eines vollständigen Bruches zwischen Orleanisten und Legitimisten commentirt. Republikanerseite fordert man erstens auf, demnach definitiv und offen zur Republik sich zu wenden. Die legitimistischen Organe sind voll heftiger Anfälle über die Republik und Freiheit der Orleanisten. Uebrigens trösten sie sich damit, daß das Ausscheiden des revolutionären Elements der Orleans der Sache der legitimen Restaurierung nur nützen könne.

Ein junger Advocat, Dr. v. Cornières, Sohn eines Präsidenten am Cassationshofe, welchen gestern die Söhne Jules Simon's in ihrem Journal *Le petit Nord* insultirt hatten, hat sich gestern Morgen nach Lille begeben und im Bureau des Journals Satisfaction verlangt und den dieselbe verweigernden Charles Simon geohrgeigt. Beide Herren hatten infolge dessen ein Pistolenduell, das aber unblutig verlief.

Der Figarotheilte einen Bericht mit, welchen ein Correspondent der Whitehall Review über eine Unterredung erstattet, die er in Trouville mit Hrn. Jules Simon gehabt hat. Derselbe sprach sich bei dieser Gelegenheit sehr schroff über Gambetta aus: Er kenne Hrn. Gambetta schon seit langen Jahren, von einer Zeit her, da dieser ihn noch ehrfürchtig voll mit dem Worte Maître angesprochen hätte. Er entbehre jeder wirklichen Fähigkeit zum Politiker und Staatsmann und hätte nur das Eine Ziel im Auge, Präsident der Republik zu werden. Thiers hätte ihn womöglich noch strenger bestritten. Im letzten Kriege habe Gambetta gezeigt, daß es ihm nicht darauf ankam, seiner Popularität zu lieben Frankreich an den Rand des Abgrundes zu bringen. Seine ganze Theorie von dem Kriege aus Messer beruhe lediglich auf dieser Manie, dem Volle auch in seinen gefährlichsten Vorurtheilen zu schmeicheln. An dem Tage, da Gambetta endlich seine Dimission gab, sei er, Jules Simon, von der pariser Regierung beauftragt gewesen, andernfalls mit Pulver und Blei gegen ihn vorzugehen. Während der Commune, als alle guten Patrioten auf ihrem Posten in Erfüllung waren und die Vertreter der extremen Richtung, wie Clémenceau, wenigstens mit ihrer Person für die Ansicht einstanden, daß man nicht gleich mit Gewalt gegen den pariser Aufstand einschreiten solle, hätte sich Gambetta in Spanien verborgen gehalten, um sich nach keiner Seite zu compromittieren; erst als die Empörung bewältigt war, sei er wieder zum Vorschein gekommen. Zweideutig und doppelseitig sei auch seither stets sein öffentliches Benehmen gewesen. Er gehörte eben nur seinem persönlichen Ehrgeiz und stünde überdies noch, oft ganz willenlos, unter der Herrschaft von zwei oder drei Individuen, die er, Hrn. Jules Simon, nötigfalls namhaft machen könnte.

— Aus Paris vom 23. Sept. berichtet die National-Zeitung: „Im heutigen Ministertheate unterbreitete der Conseil-président Waddington Telegramme des französischen Geschäftsträgers in Wien über die Anwesenheit des Fürsten Bismarck derselbst. Die Telegramme werden, wie ich höre, als durchaus befriedigend angesehen. Es verdient überhaupt constatirt zu werden, daß in hiesigen ernsthaften politischen Kreisen dieser neueste glänzende Schachzug des deutschen Reichskanzlers als die sicherste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens aufgefaßt wird.“

Großbritannien.

+ London, 23. Sept. Die Zusammenkunft des Fürsten Bismarck und des Grafen Andrassy in Wien wird in der englischen Presse allgemein sympathisch besprochen. Dass es bei Gelegenheit dieses Besuches zum Abschluß einer positiven Allianz zwischen Deutschland und Österreich kommen sollte, wird allerdings, wie z. B. die Times es ausspricht, für unwahrscheinlich, weil unnötig, gehalten. Der conservative Standard geht so weit, Englands Anschluß

an das Bündniß der andern beiden germanischen Großmächte für gewisse Fälle in Aussicht zu stellen. Aus der augenscheinlichen Gespanntheit zwischen Russland und Österreich auf einen drohenden Krieg schließen zu wollen, würde zwar voreilig sein, meint das Blatt. „Ein herzliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Österreich ist die beste Sicherheit, die Europa für Bewahrung des Friedens haben könnte. Der Tag ist fern, sollte er überhaupt je kommen, da Frankreich die Ehre haben würde, Deutschland anzugreifen, ohne sich vorher thätige Verbündete gesichert zu haben. Die einzigen Verbündeten, der Wüste werth, würden Russland und Italien sein, besonders Russland. Aber weder Russland noch Italien würden Frankreich in einem Angriffe auf Deutschland bestehen, einzig um für Frankreich Elsass und Lothringen zurückzugewinnen. Russland würde erwarten, für seine Hülfleistung entschädigt zu werden, und würde seinen Lohn im Südosten Europas suchen. Das würde sich aber nur auf Kosten der Türkei, Österreichs und Englands verwirken lassen, und es ist deshalb augenscheinlich, daß ein Angriff auf Deutschland seitens Frankreichs und Russlands wahrscheinlich Österreich und England auf Deutschlands Seite ins Feld bringen würde. Das ist ein Punkt, der in Paris und Petersburg gebührend überlegt werden sollte. Es kann in der That kein Zweifel darüber bestehen, daß er bereits überlegt worden ist, und je länger er überlegt wird, um so besser für den europäischen Frieden. Es ist unnötig, zu zeigen, wie kostbar andererseits die Freundschaft Deutschlands für Österreich ist. Sie wird die Ruhelosigkeit Italiens befähigen, den Ehrgeiz Russlands in Schach halten und den durch den Berliner Vertrag geschaffenen Fürstenthümlern bedeuten, daß sie ihre politische Zukunft in den durch den Vertrag gegebenen Grenzen ausarbeiten müssen. Der Besuch des Fürsten Bismarck ist ein bedeutungsvolles Ereignis, er bringt aber nur eine bereits vorhandene Situation zum Ausdruck.“

Belgien.

Das Journal de Liège bringt in französischer Übersetzung die ursprünglich in lateinischer Sprache gesetzten Weisungen, welche der Bischof von Lüttich in Bezug der Gemeindeschullehrer und Schullehrerinnen seiner Pfarrgeistlichkeit vertraulich ertheilt hat. Dasselbe lautet:

Kein katholischer Lehrer darf gewissenhalber sein Amt an einer öffentlichen Schule weiter ausüben, es sei denn, daß er seines Amtes wegen vom Militärbüro dispensirt ist und um ganz davon befreit zu sein, noch ein oder zwei Jahre im Amt bleiben muß; oder daß er in nächster Zukunft pensionirt werden wird, oder daß er keinen andern Posten finden kann und als Familienvater somit brotlos werden würde. Diejenigen, welche diese Gründe für sich anführen können, müssen durch den Pfarrer den Dispens des Bischofs nachfragen, der ihnen unter folgenden Bedingungen ertheilt werden wird: 1) daß in derselben Schule, die sie angehören, keine andern Lehrer sind, welche diese Bedingungen zu unterschreiben sich weigern; 2) daß in der Schule, der sie angehören, das Schulgesetz nicht zurthatlichen Geltung gebracht wird, hauptsächlich in Bezug der Moral, welche nicht nur den ersten Grundbegriffen des Naturgesetzes, sondern auch deren mittelbaren Folgerung, d. h. dem ganzen Unterricht, der Kirche gemäß sein muß; 3) daß sie versprechen: a) sofort ihr Amt niederzulegen, wenn sie vorstehende Bedingungen nicht mehr zu erfüllen vermögen oder in ihre Klassen, gegen das Verbot der kirchlichen Behörde bei Strafe der Tobsünde gefährliche Bücher einzuführen; b) keine Kinder in ihre Schule einzuziehen, wenn an Ort eine katholische Schule besteht, und c) keinen Katechismusunterricht zu ertheilen, wozu eine missio canonis gehört, die, da die Kirche die neutralen Schulen verbannt, den staatlichen Lehrern nicht ertheilt werden kann. Als Strafe wird die Entziehung der kirchlichen Sakramente den Lehrern angedroht: 1) welche ohne Erlaubnis des Bischofs in einer gebotenen Schule Unterricht ertheilen, 2) welche ihren Schülern aus verschiedenen, von der Kirche mit Censor belegten Büchern Vorlesungen halten, und 3) welche ihren Schülern Katechismusunterricht ertheilen ohne kirchliche Delegation, die ihnen nicht gewährt werden kann.

Amerika.

Der hervorragende amerikanische Gelehrte Joseph Parish Thompson, Dr. theol. et phil., welcher seit mehr als einem Jahrzehnt in Berlin lebte und durch Wort und Schrift viel zum richtigen Verständnis der preußischen und deutschen Verhältnisse in England und Amerika beigetragen hat, ist am 20. Sept. in seinem 60. Jahre dem Leidenden erlegen, welches ihn schon gendigt hatte, sein geistliches Amt in New York niedergelegt und in der Stille seinen Studien zu leben. Unter seinen zahlreichen Schriften ist ein „Leben Jesu“, welches er für die amerikanische Jugend verfaßte, ferner eine „Church and State in the United States“ mit vergleichenden Blicken auf die deutschen Kirchenstaaten.

Ägypten.

In Paris sind, wie Hirsch's Telegraphen-Bureau von dort meldet, Nachrichten aus Kairo eingetroffen, denen zufolge die Pforte den Khebive Lewisi in seiner Expedition gegen Abessinien unterstellt wird; 10 Battalione vom 5. Armeecorps (Syrien) werden nach Ägypten geschickt und sollen die Garnison der ägyptischen Truppen in den Küstenplätzen ersehen.

Leipziger Börse.

25. Sept.

Wechsel.

AMSTERDAM pr. 100 Ct. 2%

Brüssel und Antwerpen pr. 100 Frs.

London pr. 1 L. Sterl.

Paris pr. 100 Francs

Petersburg pr. 100 Rub. Rubel

Warschau pr. 100 Rub. Rubel

Wien pr. 100 fl. in Österreich. Währ.

Deutsche Fonds. % Eina-Term.

Deutsch. B.-Anl. 1877 v. 5000—3000 fl. 4

do. do. v. 1000 fl. 4

do. do. v. 500 fl. 4

K. S. Rentenamt. v. 1878 v. 5000—5000 fl. 3

do. do. do. 3

do. do. v. 1000 fl. 3

do. do. do. 3

Abonnements-Einladung auf das IV. Quartal

Sächsischer Volksfreund

Conservatives Wochenblatt. Organ der conservativen Vereine Sachsen.

Ausgabe: 4000.

Inhalt:

Erscheint regelmässig Sonnabends. Politische Wochenberichte; Kurze, prägnante Leitartikel über schwedende Tagesfragen; Vorzügliches Feuilleton: Original-Romane, Novellen, Reisebeschreibungen u. c. Ausschliesslich behandelte Vereinsnachrichten; Kurze Landtags- und Reichstagsberichte; Originalcorrespondenzen und Nachrichten localer Natur; Übersichten über Kunst und Musik; Börsennotizen, Marktberichte, Getreide- u. c. Preise; Volks- und Landwirtschaftliches u. c.

Preis vierteljährl. nur 1 Mk. incl. Postgebühr.

Wöchentlich 2-2½ Bogen groß Quart. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an. Insertate à Spalte nur 10 Pf. finden grosse Verbreitung.

Probenummern gratis und franco.

Zum Abonnement ladt ergeinst ein.

Dresden, im September 1879.

[1803] Julius Reichel, Verleger des „Sächsischen Volksfreund“.

Zwanzigster Jahrgang. DEUTSCHE VERSICHERUNGS-ZEITUNG.

Chefredakteur: Dr. A. F. ELSNER.
Berlin N.W., Friedrichstrasse 103.

Die über Europa und Amerika verbreitete älteste deutsche Assecuranz-Zeitung, welche wöchentlich zweimal erscheint, ist anerkanntermaßen ein vollständiges, durchaus unabhängiges, alle Zweige berücksichtigendes Assecuranzblatt, dem reellen Assecuranzwesen ein Freund, dem Schwindelwesen ein unerbittlicher Feind.

Man kann mit Hilfe der Zeitung und den anerkannten Werken des Herausgebers, nämlich dem „Archiv für das Versicherungswesen“, und den erschienenen XII. Jahrgängen des „Reportorischen Assecuranz-Almanachs“ nicht nur über alles Wissenswerthe Belehrung schöpfen, sondern es bieten auch diese Materialien, an deren Spitze die „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ steht, die Gelegenheit zu einem eingehenden Studium des Versicherungswesens.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt innerhalb des deutsch-österreichischen Postverbandes 10 Reichsmark, ausserhalb desselben 11 Reichsmark. Insertionen werden mit 50 Pfennigen pro 4gespaltene Pettitzelle oder deren Raum berechnet. Die ganze Seite kostet 150 Reichsmark.

Praktische Winke für Versicherer, Versicherte und solche, die es werden wollen, betitelt sich die neueste Information, welche auch allen Versicherten der Lebensversicherungs-Gesellschaften: Germania in Stettin, Victoria in Berlin, Providentia in Frankfurt a.M., Nordstern in Berlin, und noch 8 anderer Lebensversicherungs-Gesellschaften, und denjenigen, die es werden wollen, willkommen sein dürfte. Preis pro Exemplar 1 Mark 50 Pf. Buchhändler erhalten den üblichen Rabatt.

Verlag von „Elsner's Assecuranz-Bibliothek“. Berlin N.W., Friedrichstrasse 103. [1767-68]

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Das Abonnement für die Messe beträgt 2 Mark und wird die Zeitung den betreffenden Abonnierten auf Wunsch gegen eine kleine Vergütung täglich zugeschickt. Ankündigungen aller Art finden durch dieselbe die zweckmässigste und weiteste Verbreitung. Die Insertionsgebühren betragen für die viermal gespaltene Zeile 20 Pf.

Leipzig, im September 1879.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Brockhaus' Conversations-Lexikon.

Zwölftes Auflage.

15 Bände. Geheftet 20 M. In Halbfanzband 112 M. 50 Pf. (Auch in 180 Heften à 50 Pf. zu beziehen.)

Die zwölftes umgearbeitete, verbesserte und vermehrte Auflage des altherühmten Werks ist soeben vollendet worden; Brockhaus' Conversations-Lexikon empfiehlt sich demnach außer durch Gediegenheit der Bearbeitung und Wohlfeilheit des Preises namentlich auch als das neueste, bis auf die unmittelbare Gegenwart reichende.

Besitzer einer früheren Auflage des Brockhaus'schen oder irgendeines andern Conversations-Lexikon können diese neue Auflage

durch Umtausch

erwerben, wobei das alte Exemplar für 30 Mark angenommen wird, welche von dem obigen Preise in Abzug kommen.

Eine bildliche Ergänzung des Conversations-Lexikon bietet das gleichfalls vollständig vorliegende populäre Frachtwerk:

Bilder-Atlas.

500 Tafeln in Folio. 8 Bände. Geh. 75 M. Geb. 105 M.

Erläuternder Text. 2 Bände. Geh. 15 M. Geb. 20 M.

Jede Buchhandlung führt Bestellungen auf beide Werke aus und vermittelt auch das Geschäft des Umtausches. Prospekte gratis. [1807]

Der Staats-Socialist.

Organ des Central-Vereins für Socialreform.

Preis 2 Mark pro Quartal

und nimmt jede Post und Buchhandlung Abonnements entgegen.

Der Staats-Socialist vertritt die Ansicht, dass die soziale Frage erfüllt, dass sie aber nur gelöst werden kann durch den starken, monarchischen Staat im Bunde mit den religiösen und sittlichen Faktoren des Volkslebens. Deshalb giebt er die Lösung aus:

Sociales Königthum

und Wiedergeburt des Christenthums!

Das Blatt führt den Beweis, dass nur durch allgemeine Entfaltung dieser zwei Männer die drohende Socialrevolution vermeidbar ist.

Zum Abonnement werden namentlich alle Geistlichen, Lehrer, Staats- und Communalbeamte als die berufenen Kämpfer der Gegenrevolution eingeladen.

Berlin.

Die Expedition des „Staats-Socialist“.

T. Golombek.

Leipziger Tageskalender vom 26. September.

Eisenbahnfahrten.

Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Hof. Abf. Nr. 4, 45 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 6, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 8, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 10, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 12, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 14, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 16, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 18, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 20, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 22, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 24, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 26, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 28, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 30, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 32, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 34, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 36, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 38, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 40, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 42, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 44, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 46, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 48, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 50, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 52, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 54, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 56, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 58, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 60, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 62, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 64, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 66, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 68, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 70, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 72, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 74, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 76, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 78, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 80, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 82, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 84, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 86, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 88, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 90, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 92, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 94, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 96, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 98, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 100, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 102, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 104, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 106, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 108, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 110, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 112, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 114, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 116, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 118, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 120, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 122, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 124, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 126, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 128, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 130, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 132, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 134, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 136, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 138, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 140, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 142, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 144, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 146, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 148, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 150, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 152, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 154, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 156, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 158, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 160, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 162, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 164, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 166, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 168, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 170, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 172, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 174, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 176, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 178, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 180, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 182, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 184, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 186, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 188, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 190, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 192, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 194, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 196, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 198, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 200, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 202, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 204, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 206, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 208, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 210, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 212, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 214, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 216, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 218, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 220, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 222, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 224, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 226, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 228, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 230, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 232, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 234, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 236, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 238, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 240, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 242, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 244, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 246, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 248, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 250, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 252, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 254, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 256, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 258, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 260, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 262, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 264, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 266, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 268, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 270, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 272, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 274, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 276, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 278, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 280, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 282, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 284, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 286, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 288, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 290, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 292, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 294, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 296, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 298, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 300, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 302, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 304, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 306, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 308, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 310, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 312, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 314, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 316, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 318, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 320, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 322, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 324, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 326, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 328, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 330, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 332, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 334, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 336, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 338, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 340, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 342, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 344, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 346, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 348, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 350, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 352, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 354, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 356, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 358, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 360, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 362, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 364, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 366, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 368, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 370, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 372, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 374, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 376, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 378, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 380, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 382, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 384, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 386, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 388, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 390, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 392, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 394, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 396, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 398, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 400, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 402, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 404, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 406, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 408, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 410, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 412, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 414, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 416, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 418, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 420, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 422, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 424, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 426, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 428, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 430, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 432, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 434, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 436, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 438, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 440, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 442, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 444, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 446, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 448, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 450, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 452, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 454, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 456, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 458, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 460, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 462, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr. 464, 25 (Gera, Erfurt). Abf. Nr.